

Protokoll Nr. 2 (2023-2027)

der öffentlichen Sitzung des Beirats Vahr am 22.08.2023 im Bürgerzentrum Neue Vahr

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:30 Uhr

Anwesend waren:

- | | | |
|----------------|--|---|
| a) vom Beirat | David Cyferkowski
Jens Emigholz
Dr. Tim Haga
Petra Hoya
Philipp Peters
Jörg Schoolmann
Dennis Waschitzek | Jens Diestelmann
Ernst-Martin Exner
Anja von Hagen
Eva Mahlert
Oliver Saake
Bernd Siegel
Helmut Weigelt |
| b) vom Ortsamt | Sarai Auras
Fabio Fangmann
Ralf Möller | |

Eingangs merkt Ralf Möller an, dass trotz mehrfacher Erinnerung noch keine Stellungnahme der Senatskanzlei zur Änderung der Geschäftsordnung bzgl. einer „Doppelt Quotierten Redeliste“ vorliege.¹ Die Senatskanzlei habe sich jedoch dahingehend geäußert, dass rechtlich keine gravierenden Bedenken gesehen würden. Daher stellt sich die Frage an den Beirat, ob heute nach der neuen Geschäftsordnung verfahren, also die doppelt quotierte Redeliste angewandt werden solle. Von Seiten des Beirats gibt es keine Einwände.

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

- 1. Wahl der Beiratssprecherin/ des Beiratssprechers und deren Stellvertretung**
- 2. Beschlussfassung über die Einsetzung von Fachausschüssen des Beirats**
- 3. Bürger*innenanträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten**
- 4. Änderung der Geschäftsordnung**
- 5. Vorstellung und Bericht des Jugendforums Vahr**
- 6. Bericht und Verabschiedung des FPJ'lers des Ortsamtes**
- 7. Anhörung „Abriss der Fußgängerbrücke Brandenburger Straße / Kurfürstenallee“**
- 8. Fußverkehr-Check: Vorschläge des Beirats**
- 9. Beschlüsse Stadtteilbudget**
- 10. Verschiedenes**

Die vorgelegte Tagesordnung wird ohne Änderungen genehmigt.

Das Protokoll der Beiratssitzung Nr. 1 vom 04.07.2023 wird ebenfalls genehmigt.

TOP 1: Wahl der Beiratssprecherin/ des Beiratssprechers und deren Stellvertretung

¹ Siehe [Protokoll Nr. 1](#) der Beiratssitzung am 04.07.2023.

Ralf Möller weist zunächst darauf hin, dass sich der Beirat im Vorfeld darauf verständigt habe, das Sprecher*innen-Amt von einer Frau ausführen zu lassen. Es stellt sich eine Kandidatin zur Wahl: Anja von Hagen. Frau von Hagen stellt sich daraufhin vor: Politisch aktiv sei sie seit 2019, sie sei aber neu im Beirat vertreten. Zuvor sei sie bereits als sachkundige Bürgerin Mitglied im Fachausschuss „Arbeit, Wirtschaft und Gesundheit“ und „Bau, Verkehr und Umwelt“ gewesen. Darüber hinaus sei sie schon lange ehrenamtlich im BPW, ein Verband für berufstätige Frauen, aktiv.

Anschließend wird in geheimer Wahl abgestimmt. Herr Möller gibt folgendes Wahlergebnis bekannt: 14 Stimmzettel seien abgegeben worden, alle 14 Stimmzettel seien gültig. Auf die Kandidatin von Hagen seien bei einer Gegenstimme 13 Stimmen entfallen. Damit sei Frau von Hagen zur neuen Beiratssprecherin gewählt. Frau von Hagen nimmt die Wahl an.

Im Anschluss wird die stellvertretende Beiratssprecherin/ der stellvertretende Beiratssprecher gewählt.

Herr Dr. Haga stellt sich ebenfalls als einziger Kandidat für die Stellvertretung der Beiratssprecherin vor: Er sei seit 2015 im Beirat vertreten und habe bereits in der vergangenen Legislaturperiode das Amt des stellvertretenden Beiratssprechers ausgeübt. Sein inhaltlicher Schwerpunkt sei das Thema Verkehr.

Daraufhin wird die geheime Wahl der Stellvertretung durchgeführt. Herr Möller gibt folgendes Wahlergebnis bekannt: 14 Stimmzettel seien abgegeben worden, hiervon seien 14 gültig. Auf Herrn Dr. Haga seien bei einer Gegenstimme 13 Stimmen entfallen. Damit sei Herr Dr. Haga zum stellvertretenden Beiratssprecher gewählt. Herr Dr. Haga nimmt die Wahl an.

TOP 2: Beschlussfassung über die Einsetzung von Fachausschüssen des Beirats

Wie Herr Möller ausführt, sei in der Sitzung des bereits eingesetzten Koordinierungsausschusses am 14.08.2023 über die Zusammensetzung der Ausschüsse beraten worden. Die Zugriffsrechte für die jeweiligen Sprecher*innen-Ämter erfolgten nach dem Verfahren „Sainte-Laguë/ Schepers“.

Vorgeschlagen worden seien folgende Fachausschüsse:

- Koordinierungsausschuss (bereits am 04.07.2023 eingesetzt)²
 - Sprecher*in: SPD, stv. Sprecher*in: Linke
- Globalmittel
 - Sprecher*in: CDU, stv. Sprecher*in: SPD
- Verkehr, Umwelt, Klimaschutz
 - Sprecher*in: SPD, stv. Sprecher*in: CDU
- Bau & Stadtteilentwicklung (bereits am 04.07.2023 eingesetzt)³
 - Sprecher*in: CDU, stv. Sprecher*in: SPD
- Kinder und Bildung
 - Sprecher*in: Grüne, stv. Sprecher*in: SPD
- Soziales, Integration, Jugend, Kultur & Sport
 - Sprecher*in: SPD, stv. Sprecher*in: Grüne
- Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit & Senioren
 - Sprecher*in: SPD, stv. Sprecher*in: CDU

Gemäß Herrn Möller habe die Fraktion Die Linke den Sprecher*innen-Posten des Fachausschusses „Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit & Senioren“ der SPD übertragen.

Die Wahl der Sprecher*innen und Stellvertretungen werde in den konstituierenden Fachausschusssitzungen erfolgen.

Herr Möller lässt sodann über die Einsetzung der oben genannten Fachausschüsse abstimmen: Der Beirat stimmt der Einsetzung der Fachausschüsse einstimmig zu.

² Siehe [Protokoll Nr. 1](#).

³ Ebd.

TOP 3: Bürger*innenanträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteil-angelegenheiten

Mitteilungen aus der Bevölkerung

Ein Bürger bittet darum, dass am Hematensee zwei Schilder mit dem Hinweis aufgestellt werden mögen, dass das Enten füttern verboten sei. Es gebe dort zwei Örtlichkeiten, von denen aus Enten gefüttert werden könnten. Durch das Entenfüttern würden vermehrt Ratten angelockt. Ein Schild am Hematenfleet sei bereits vorhanden, nicht jedoch an dem See.

Das Ortsamt sagt zu, die Bitte an den Deichverband weiterzugeben.

Eine Anwohnerin der Neuen Vahr Süd äußert stellvertretend für weitere Anwohner*innen den Wunsch nach der Aufstellung eines Altkleider-Containers im Bereich des Treffs Waschhaus.

Gemäß Herrn Möller könne die Thematik im zuständigen Fachausschuss aufgegriffen werden.

Mitteilungen aus dem Beirat

Herr Diestelmann berichtet, dass die neue Grundschule in der August-Bebel-Allee pünktlich in Betrieb gegangen sei. Dort habe sich am vergangenen Samstagmorgen ein schwerer Unfall ereignet. Aufgrund einer Verkehrsumleitung bestehe dort zurzeit ein erhöhtes Verkehrsaufkommen. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass die Beschilderungen mit der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h noch nicht aufgestellt seien.

Herr Möller fügt hinzu, dass eine Anfrage des Ortsamts zur Anbringung eines Schulbanners in der August-Bebel-Allee ergeben habe, dass es dort leider keine Haltepunkte für die Anbringung eines solchen Banners gebe. Das Ortsamt habe um Alternativen gebeten, wie beispielsweise die Aufstellung eines Plakats im Straßenbegleitgrün, wobei das Verfahren vermutlich lange Zeit in Anspruch nähme.

Herr Saake regt an, zumal die dunklere Jahreszeit bevorstehe, Alternativen prüfen zu lassen.

Möglicherweise käme alternativ auch die Aufstellung sogenannter [Laumännchen](#) in Betracht.

Frau Hoya weist darauf hin, dass vor der Schule in der Kurt-Schumacher-Allee in stadtauswärtiger Richtung die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h oftmals nicht eingehalten werde. Viele Fußgänger*innen querten dort die Straße. Sie beurteile die Situation als äußerst gefährlich und sehe dort dringenden Handlungsbedarf.

Mitteilungen aus dem Ortsamt

- Vor den Sommerferien sei eine Anhörung zum Bebauungsplan (B-Plan) 2518 (Wohngebiet Ostpreußische Straße/ Konrad-Adenauer-Allee) zur Wiederaufnahme des Verfahrens nach Überarbeitung und Anpassung der durch das Urteil des Oberverwaltungsgerichts festgestellten Mängel mit Frist bis zum 21.07.2023 eingegangen. Das Ortsamt habe eine Fristverlängerung bis zum 23.08.2023 beantragt; gewährt worden sei eine Fristverlängerung bis zum 11.08.2023. Angesichts der Sommerferien sei daher eine Stellungnahme in einem Umlaufverfahren nach § 7 der Geschäftsordnung des Beirats Vahr herbeigeführt worden. Im Rahmen dieses Verfahrens habe der Beirat Vahr den überarbeiteten und angepassten B-Plan 2518 einstimmig bei fünf Enthaltungen zur Kenntnis genommen und die bauliche Umsetzung der Maßnahme befürwortet.

Ein Vertreter der Bürgerinitiative „Klimawald Gete-Vahr“ äußert seine Kritik an der Senatsbehörde, da den Bürger*innen jegliche Möglichkeit genommen worden sei, vor dem Beiratsbeschluss eine Stellungnahme abgeben zu können. Er fragt sich, wozu es eine Bürger*innenbeteiligung gebe, wenn diese durch die Behörde verhindert werde. Es handele sich nicht um ein Eilverfahren; die Deputationen hätten sich zu dem Zeitpunkt noch nicht gebildet. Er kündigt an, dass die Initiative einen Antrag auf Auskunftserteilung zu folgenden Fragen einreichen werde:

- *Welche Gründe hat die senatorische Behörde vorgebracht, diese Stellungnahme, um die der Beirat gebeten worden war (von wem/wie), so, im Umlaufverfahren, zu einer Entscheidung zu bringen? Mit welcher Begründung hat die senatorische Behörde die beantragte Fristverlängerung abschlägig beschieden?*
- *Wir beantragen vollständige Auskunft darüber, welche Informationen und Unterlagen den Abgeordneten zur gegenständlichen Entscheidung erteilt und vorgelegt wurden.*

Mit anderen Worten: Welche Entscheidungsgrundlagen standen den Abgeordneten zur Verfügung?

- *Wir beantragen Einsicht in diese Unterlagen, insbesondere zu den Gutachten zur „Sperber-Problematik“.*
- *Welche Information und Unterlagen hat die senatorische Behörde zur Problematik „Gumbinnenweg“ und deren Lösung dem Beirat zur Verfügung gestellt? Insbesondere bitten wir um Auskunft darüber, ob der Beirat dahingehend informiert wurde, dass eine Einigung mit dem Kleingartenverein erzielt worden sei.*

Der Vertreter der Bürgerinitiative ergänzt, dass der Initiative zwei unabhängige, renommierte Stellungnahmen vorlägen, die besagten, dass die Umsiedlung des Sperbers und Abholzung des Waldes aus tierschutzrechtlicher Sicht äußerst kritisch seien. Zudem sei keine Einigung zwischen der Behörde und dem Kleingartenverein erzielt worden – im zweiten Verfahren seien keine Gespräche mehr mit dem Verein geführt worden.

Er übergibt dem Ortsamt daraufhin den Antrag.

Herr Dr. Haga zeigt sein Verständnis für den Unmut, zumal zu dem Zeitpunkt noch nicht alle Mitglieder für die Deputationen benannt worden und die Termine noch nicht bekannt gewesen seien. Von Seiten der zuständigen Behörde sei mitgeteilt worden, dass für eine Fristverlängerung laut Baugesetzbuch ein wichtiger Grund vorliegen müsse, wobei die Sommerferien nicht darunterfielen. Statt einer Abstimmung mittels Umlaufverfahren hätte eine Sitzung in den Sommerferien durchgeführt werden können. Da fraglich gewesen wäre, ob eine beschlussfähige Sitzung in den Sommerferien zustande gekommen wäre, habe sich der Beirat gegen diese Vorgehensweise entschieden. Zudem bestünden durch die Abstimmung mittels Umlaufverfahren keine schwerwiegenden Konsequenzen, weil nach der Deputationssitzung eine öffentliche Auslegung erfolgen werde, zu der jede*r eine Stellungnahme abgeben könne. Bei einer ablehnenden Stellungnahme durch den Beirat wäre das Verfahren dennoch weitergelaufen.

- In den Sommerferien sei ein Umlaufverfahren zur Anhörung des Amtes für Straßen und Verkehr (ASV) zur Einführung einer Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h vor den Kitas in der August-Bebel-Allee 276, 284 und 286 sowie zur Einrichtung eines eingeschränkten Halteverbots am Karl-Kautsky-Kreisel durchgeführt worden. Zwölf Personen hätten dem zugestimmt; zwei Personen hätten nicht teilgenommen.

Herr Siegel ergänzt, dass bislang kein Tempo 30 zwischen der Otto-Braun-Straße und Philipp-Scheidemann-Straße eingeführt worden sei, wo eine große Kita ansässig sei. Die SPD werde sich auch weiterhin für eine dortige Geschwindigkeitsreduzierung einsetzen.

- Zudem sei ein weiteres Umlaufverfahren zur Anhörung des ASV zur Einführung einer Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h vor der neuen Grundschule in der August-Bebel-Allee durchgeführt worden. Der Beirat habe dem Vorhaben ebenfalls mit zwölf Befürwortungen zugestimmt, wobei zwei Personen nicht teilgenommen hätten.

TOP 4: Änderung der Geschäftsordnung

Herr Möller merkt an, dass ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen auf Änderung der Geschäftsordnung vorliege. Frau von Hagen stellt den Antrag vor:⁴ Die bisherige Geschäftsordnung enthalte eine Regelungslücke. Bisher sei in der Geschäftsordnung nicht geregelt, wann über diese Änderungsanträge abgestimmt werde. In Betracht komme die Abstimmung vor der Beschlussfassung über den eigentlichen Antrag oder die Abstimmung nach der Beschlussfassung.

Beantragt wird § 6 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Beirats Vahr vom 04. Juli 2023 wie folgt zu ändern:

Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 3 eingefügt:

„3) Änderungsanträge.“

⁴ Der Antrag ist dem Protokoll als **Anlage 1a** angefügt.

Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 4.

Herr Möller lässt über diese Änderung der Geschäftsordnung abstimmen: Der Beirat stimmt dem einstimmig zu.⁵

TOP 5: Vorstellung und Bericht des Jugendforums Vahr

Die Sprecherin und der stellvertretende Sprecher des Jugendforums stellen die Arbeit des Jugendforums Vahr vor:

- Das Jugendforum tage regelmäßig im Ortsamt.
- Das Jugendforum habe ein eigenes Logo designt, das auf T-Shirts gedruckt werden solle. Die T-Shirts seien für die Mitglieder des Jugendforums vorgesehen.
- Beim Stadtteilstfest Vahradies habe das Jugendforum einen Stand mit einem Spiel zum Thema „Lebensmittel“ betrieben. Zudem seien Spenden für die Tafel gesammelt worden, die Essen an Bedürftige ausgabe. Des Weiteren hätten sie von Besucher*innen Themen gesammelt, was die Vahr bewegt. Eine Auswertung sei noch nicht erfolgt.

Der Beirat bedankt sich und ist gespannt auf die Auswertung.

TOP 6: Bericht und Verabschiedung des FPJ'lers des Ortsamtes

Ralf Möller bedankt sich bei Fabio Fangmann, der ein Jahr lang ein Freiwilliges Politisches Jahr (FPJ) beim Ortsamt absolviert habe und maßgeblich an der Gründung des Jugendforums beteiligt gewesen sei.

Fabio Fangmann berichtet, dass er zu Beginn seines FPJs im September 2022 zunächst einmal eine Menge Input erhalten und viele neue Begrifflichkeiten gelernt habe. Anschließend habe er Einblicke in verschiedene Institutionen des Stadtteils erhalten und habe bspw. regelmäßig im Sozialkaufhaus ausgeholfen. Der Umgang mit Jugendlichen sowie die vielen Möglichkeiten, sich ehrenamtlich im Stadtteil zu engagieren, hätten ihm große Freude bereitet. Insgesamt habe er sehr viel gelernt und auch ihm persönlich habe das FPJ weitergeholfen, z.B. bei der Auswahl seines künftigen Studienganges. Er zeigt sich erfreut darüber, dass die Gründung eines Jugendforums gelungen sei.

Der Beirat bedankt sich bei Fabian Fangmann für sein Engagement.

Der neue FPJ'ler des Ortsamtes, Fabian Boneshta, stellt sich kurz vor und freut sich auf die künftige Zusammenarbeit mit dem Beirat.

TOP 7: Anhörung „Abriss der Fußgängerbrücke Brandenburger Straße/ Kurfürstenallee“

Herr Möller erinnert daran, dass die Fußgängerbrücke ersatzlos zurückgebaut werden solle.⁶ Wie das ASV mitgeteilt habe, solle die Maßnahme ab dem 24.06.2024 umgesetzt werden. Das Bauwerk werde an einem Wochenende mit Straßenvollsperrung sowie im weiteren Abbruchverlauf durch eine Fahrspursperrung bzw. Fahrbahneinengung zurückgebaut.⁷ Die sich ergebenden Flächen und Bereiche würden durch eine separate Straßen- und Freianlagenplanung neugestaltet und barrierefrei gestaltet, wozu es zu einem späteren Zeitpunkt eine gesonderte Beteiligung geben werde. Der Beirat habe die Möglichkeit, bis zum 30.08.2023 eine Stellungnahme abzugeben.

Herr Emigholz merkt an, dass die Brücke als Schulweg zur Grundschule Freiligrathstraße und zur Kita genutzt werde. Daher sei er gegen einen Abriss und werde sich auch bei dieser Abstimmung dagegen aussprechen.

Herr Möller lässt sodann darüber abstimmen, ob der Beirat den dargestellten baulichen und ver-

⁵ Die geänderte Geschäftsordnung ist dem Protokoll als **Anlage 1b** angefügt.

⁶ Über den Abriss wurde bereits abgestimmt in der gemeinsamen Sitzung des Fachausschusses „Energie, Umwelt und Stadtentwicklung“ des Beirats Schwachhausen und des Fachausschusses „Bau, Verkehr und Umwelt“ des Beirats Vahr am 12.11.2015, siehe [Protokoll Nr. 3](#), in dem auch nähere Informationen über den Abriss enthalten sind.

⁷ Die Unterlagen mit näheren Informationen sind dem Protokoll als **Anlage 2** angefügt.

kehrlichen Maßnahmen zustimmt. Mit zwölf Ja-Stimmen und zwei Gegenstimmen (FDP, BD) stimmt der Beirat mehrheitlich zu.

TOP 8: Fußverkehr-Check: Vorschläge des Beirats

Wie Herr Möller berichtet, sei aus dem Hause der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS) mitgeteilt worden, dass Bremen das Instrument der Fußverkehrschecks erprobe und damit aktiv in die Fußverkehrsförderung auf Ortsteilebene einsteige. Die Fußverkehrschecks sollten demnach in fünf ausgewählten Ortsteilen – ein Ortsteil in jedem Stadtbezirk – das zu Fuß gehen verbessern und Aufmerksamkeit für das Thema generieren und zur strategischen Förderung des Fußverkehrs für die gesamte Stadt beitragen. Für die Umsetzung von kleinteiligen und kurzfristig wirksamen Maßnahmen stehe ein Budget von 10.000 € pro Ortsteil zur Verfügung. Finanziert werde das Projekt über das Handlungsfeld Klimaschutz der Freien Hansestadt Bremen. Es könne sich auf eine Teilnahme an den Fußverkehrschecks bis zum 25.08.2023 bewerben werden und in diesem Rahmen Quartiere vorgeschlagen werden, in denen aus Sicht der Beiräte Fußverkehr besonders gefördert werden solle.

Wie Herr Möller weiter ausführt, habe im Koordinierungsausschuss eine Vorberatung stattgefunden und das Ortsamt – angesichts des Zeitdrucks – den erforderlichen Bewerbungsbogen vorbereitet:

Inhaltliche Schwerpunkte im Rahmen des Fußverkehrschecks:

Räumlich:

- Kurt-Schumacher-Allee stadtauswärts zwischen Heinrich-Imbusch-Weg und Carl-Goerdeler-Park.
- Kurt-Schumacher-Allee stadteinwärts zwischen Bürgermeister-Reuter-Straße und Kreuzungsbereich mit der Karl-Kautsky-Straße inkl. Straßenbahnhaltestelle Berliner Freiheit.
- Karl-Kautsky-Straße zwischen Kurt-Schumacher-Allee und Otto-Suhr-Straße.
- Otto-Suhr-Straße.
- Marktplatz an der Berliner Freiheit.
- Fußweg aus der Bürgermeister-Reuter-Straße entlang des Vahrer Sees zum Hanna-Harder-Haus bzw. zur Otto-Suhr-Straße.
- Fußgängerüberweg an der 4. Ampel.

Zielgruppen: Ausdrücklich alle Altersgruppen, da sich zu der Oberschule Kinder und Jugendliche bewegen, rund um das Einkaufszentrum alle Altersgruppen und am Hanna-Harder-Haus insbesondere Eltern mit Kindern und Senior*innen.

Teilnehmende:

Ortsamt, Beirat, Oberschule an der Kurt-Schumacher-Allee, Centermanagement Berliner Freiheit, Bürgerzentrum Neue Vahr, WiN-Quartiersmanagement, Seniorenvertretung, Polizei, Landesbehindertenbeauftragter, AWO (Hanna-Harder-Haus).

Themen:

- Schulwegsicherung,
- Barrierefreiheit,
- Hauptverkehrsachsen und sichere Wege,
- Anbindung ÖPNV.

Von Seiten der Gewoba wird die Bitte geäußert, ebenfalls als Teilnehmende aufgenommen zu werden.

Herr Saake bittet darum, im Bewerbungsbogen die Anbindung an den ÖPNV im Kreuzungsbereich Kurt-Schumacher-Allee zu konkretisieren.

Herr Möller lässt darüber abstimmen, ob der Antrag, wie oben ausgeführt und mit den erbetenen

Ergänzungen versendet werden soll. Der Beirat stimmt dem einstimmig zu.⁸

TOP 9: Beschlüsse Stadtteilbudget

Herr Möller teilt mit, dass die aktuelle Höhe des Stadtteilbudgets 62.086,40 € betrage, wobei von dieser Summe noch etwa 3.500 € für Sitzbänke, Bordsteinabsenkungen und Markierungen abgezogen werden müssten, die bereits beschlossen, aber noch nicht in der Kostenaufstellung des ASV berücksichtigt worden seien.

Zu den vom Beirat beschlossenen Kostenschätzungen lägen nun folgende Angebote des Umweltbetrieb Bremens (UBB) vor:⁹

- Vervollständigung des Baumschutzes in der August-Bebel-Allee durch den Einbau von 13 Pollern für vorauss. etwa 2.905,35€ bis 4.238,15€;
- Einbau von 10 Findlingen zum Schutz der Vegetationsflächen in der Bispinger Straße 8 bis 10.

Zu der Frage, ob weitere Bepflanzungen möglich seien, habe sich der UBB nicht geäußert.

Herr Siegel weist darauf hin, dass die vorhandenen Poller in der August-Bebel-Allee sehr weit in Richtung Fahrbahn angebracht seien und künftig etwas weiter in Richtung Radweg installiert werden sollten, da immer wieder Kfz zwischen den Pollern und dem Radweg parkten.

Herr Saake regt an, diesbezüglich vorab einen Ortstermin durchzuführen.

Herr Möller lässt über die Umsetzung der beiden Maßnahmen mit Mitteln aus dem Stadtteilbudget abstimmen: Der Beirat stimmt dem einstimmig zu.

Vor der Umsetzung der Maßnahme in der August-Bebel-Allee soll ein Ortstermin mit dem UBB durchgeführt werden.

TOP 10: Verschiedenes

- Herr Waschitzek möchte wissen, wann die Ampel in der Richard-Boljahn-Allee wieder für den Fußverkehr freigegeben werde. Herr Möller sagt zu, dass sich das Ortsamt danach erkundigen werde.¹⁰
- Es wird angemerkt, dass trotz der neuen Beschilderung in der Kurt-Schumacher-Allee die Lkw dort nach wie vor widerrechtlich parkten.¹¹
- Es wird darauf hingewiesen, dass an der Ampel der Kreuzung Julius-Brecht-Allee das Signal am Taster für Personen mit Seheinschränkungen fehle. Herr Saake erwidert, dass der Bereich mit dem Umbau bzgl. der Querspange Ost neugestaltet werden solle.
- Ralf Möller kündigt die nächste Beiratssitzung für Dienstag, 19.09.2023 an.

Sprecherin

Sitzungsleitung

Protokoll

von Hagen

Möller

Auras

⁸ Nachtrag: Das Ortsamt hat am 04.09.2023 von der SBMS die Information erhalten, dass u.a. in den Ortsteilen Neue Vahr Südwest und Südost mit dem Fußverkehrscheck gestartet werde.

⁹ Der Fachausschuss „Bau, Verkehr und Umwelt“ hatte am 08.03.2023 beschlossen, die Kosten für diese beiden Maßnahmen ermitteln zu lassen, siehe [Protokoll Nr. 23](#).

¹⁰ Nachtrag: Das ASV hat am 24.08.2023 mitgeteilt, dass die Maßnahme bis zum 22.09.2023 verlängert worden sei und noch nicht feststehe, was danach geplant sei.

¹¹ Hintergrund: In der Vahr sind zahlreiche Bereiche mit einem Zonenhalteverbot für Lkw mit einer zulässigen Gesamtmasse über 7,5 t für die Zeit von 22 bis 6 Uhr ausgewiesen. Das Zonenhalteverbot wurde durch das Zusatzzeichen 1040-32 (Parkscheibe 1 Std.) eingeschränkt; diese Zusatzzeichen wurden nun entfernt.